



Pressemitteilung Nr. 16-283
vom 19.08.2010

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Grotelüschen soll Amt ruhen lassen - CDU und FDP blockieren

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Schostok, wirft den Regierungsfractionen von CDU und FDP vor, die Klärung zahlreicher offener Fragen in der Putenmast-Affäre zu blockieren. „Mit der heutigen Weigerung der Abgeordneten von CDU und FDP, eine weitere Debatte zu diesem Thema zuzulassen, haben sie demonstriert, dass auf ihrer Seite keinerlei Interesse daran besteht, die Verwicklungen von Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen aufzuklären. Stattdessen beklagen sie so gebetsmühlenartig wie hilflos, die Ministerin sei Opfer einer Schmutzkampagne“, sagte Schostok am Rande der Landtagssitzung am Donnerstag in Hannover.

Hintergrund ist ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen auf Erweiterung der Tagesordnung der Donnerstagsitzung. Die beiden Oppositionsfractionen wollten einen Landtagsbeschluss darüber herbeiführen, ob Ministerpräsident McAllister dafür Sorge tragen soll, dass Ministerin Grotelüschen ihr Amt ruhen lässt, bis alle Vorwürfe ausgeräumt sind. CDU und FDP hatten eine Debatte darüber empört abgelehnt. „Wir werden unsere Aufklärungsarbeit fortsetzen und hartnäckig von der Ministerin Antworten auf offene Fragen einfordern“, kündigte Schostok an.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Johanne Modder, hatte in ihrer Begründung des Antrages unter anderem ausgeführt, dass die Ministerin mindestens drei Mal öffentlich Äußerungen zum Putenmast-Skandal gemacht hatte, die nicht der Wahrheit entsprachen. Einer ehrlichen Aufarbeitung habe sie sich mehrmals entzogen. Modder warf der Ministerin zudem vor, Kenntnisse, die sie als Ministerin erlangte, entgegen ihrer Amtspflicht an ihren Mann weitergegeben zu haben, um Probleme vom Familienunternehmen abzuwenden. Klärungsbedürftig sei zudem, wie es dazu kommen konnte, dass vom privaten Faxgerät der Ministerin noch vor Veröffentlichung der Vorwürfe gegen zwei Putenmastbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern eine vorgefertigte Eidesstattliche Versicherung an mindestens einen der beschuldigten Betriebe abgesandt werden konnte.